

Vorwort

2011 war in volkswirtschaftlicher Hinsicht ein sehr erfolgreiches Jahr: Nachdem die deutsche Wirtschaft bereits 2010 um 3,7 Prozent gewachsen war, legte das Bruttoinlandsprodukt noch einmal um rund 3 Prozent zu. Stellt man die Entwicklung des BIP seit Ausbruch der Krise grafisch dar, zeigt sich ein „V“. Dies bedeutet: Der starke Rückgang der Wirtschaftskraft konnte binnen nur zwei Jahre wieder ausgeglichen werden. Gerade im Vergleich mit vielen anderen europäischen Staaten kann dies als eine sehr positive Entwicklung und als Ausdruck der Stabilität der deutschen Volkswirtschaft gesehen werden. Teil dieser Stabilität ist allerdings auch ein im langfristigen Mittel weitgehend konstanter, nämlich *linearer* Anstieg der Wirtschaftsleistung. Wie es das IWS in seiner Kernaussage zeigt, hat sich das deutsche BIP in den vergangenen 60 Jahren mit einer schon als erstaunlich zu bezeichnenden Gleichmäßigkeit entwickelt und über den gesamten Zeitraum seinen klar linearen Trend beibehalten. Zwar ist auf kurze Sicht diese stabile Entwicklung aufgrund des konjunkturellen Auf und Ab nicht immer erkennbar. Dies gilt um so mehr angesichts einer so einschneidenden wirtschaftlichen Krise wie der des Jahres 2009. Und so werden auch erst die kommenden Jahre zeigen, ob das steile Wachstum der Jahre 2010 und 2011 eine anhaltende Phase der Hochkonjunktur eingeläutet hat – und damit die rechte Seite des „V“ immer länger werden wird – oder aber ob sich das Wachstum wieder abschwächt und damit lediglich die kurzzeitig unterbrochene Linie fortschreibt. Der langfristige Wachstumstrend Deutschlands jedenfalls lässt viele, auf hohen Wachstumsraten aufbauende politische Vorhaben auf wackligen Füßen erscheinen. Dies gilt beispielsweise für den 2001 eingeleiteten Übergang hin zu einer stärker auf Kapitaldeckung aufbauenden Altersvorsorge: Die Bundesregierung kalkuliert bis heute mit einer dauerhaften Verzinsung der Altersvorsorgeprodukte von durchschnittlich 4 Prozent pro Jahr. Der Aufsatz „Rie-

ster-Rente ohne exponentielles Wachstum – Warum die kapitalgedeckte Altersvorsorge auf einer Fehlannahme basiert“ verdeutlicht daher, weshalb die künftigen Alters-einkünfte sehr wahrscheinlich nicht die erhofften Größenordnungen erreichen werden und darüber hinaus mit großen Unsicherheiten behaftet sind.

Doch nicht erst den politischen Weichenstellungen der jüngeren Zeit lassen sich übersteigerte Vorstellungen über die künftige volkswirtschaftliche Entwicklung entnehmen. Der Aufsatz „Die ‚ökonomische Normallage‘ im Recht – Anforderungen an die Verfassung von wirtschaftlichen Stabilitätserwartungen in Deutschland und Europa“ untersucht, an welchen Wachstumseinschätzungen frühere Regelungen zur Schuldenbegrenzung ausgerichtet waren und wieso dies ihre Effektivität entscheidend geschwächt hat. Entsprechend werden die strengeren Ausgestaltungen des Haushaltsrechts begrüßt, soweit sie in den letzten Jahren in Reaktion auf das Versagen der früheren Bestimmungen kein Bild ökonomischer Normalität mehr normativ festschreiben, sondern sich an der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung ausrichten.

Schließlich werfen wir in unserer Länderprofil-Serie wieder einen vergleichenden Blick auf die ökonomische Entwicklung und die Wachstumsdiskussion in einem anderen Land – dieses Mal: Frankreich.

Abschließend möchten wir an dieser Stelle wie gewohnt auf die Möglichkeit hinweisen, die Arbeit des IWS zu fördern: Spenden und Mitgliedsbeiträge stellen eine wichtige Einnahmequelle des Instituts dar, da dieses von keiner Interessengruppe getragen wird. Ihre Spende oder Fördermitgliedschaft kann daher dazu beitragen, dass das IWS auch künftig seine ehrenamtlichen Forschungsergebnisse und Datenangebote frei zugänglich veröffentlichen kann.

Gießen, Juni 2012